

**Protokoll der 77. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, dem 18.03.2016, 20:07 Uhr,
im Sitzungssaal des historischen Rathauses,
Rathausgasse 6, 63654 Büdingen**

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Dießl, Reinhold
Gerlach, Markus
Gohlke, Kerstin
Harris, Benjamin Carlos
Kalbhenn, Petra
Merz, Klaus
Müller, Heinz-Walter
Preußner, Robert

SPD-Fraktion

Geyer, Otto
Haberland, Christian
Kaiser, Matthias Stefan
Kemink, Gerhard
Kleta, Rolf
Moritz, Sebastian
Richter, Horst
Schlösser, Heidi
Stürz, Edgar

FWG-Fraktion

Gottmann, Armin
Henke, Ernst
Knab, Kirsten
Kraft-Marhenke, Sabine
Kroll, Axel
Majunke, Ulrich
Schierhorn, Wilhelm

FDP

Preißner, Dorothea

Pro Vernunft-Fraktion

Bähr, Gunnar
Faust, Wolfgang

Bündnis 90/Die Grünen

Cott, Joachim
Cott, Susanne
Klein, Sylvia
Lommel, Armin

NPD

Lachmann, Daniel

vom Magistrat

Hornung, Reiner

Leitner, Bernd
Marhenke, Reiner
Molz, Wilfried
Nettelbeck, Jürgen
Spamer, Erich Bürgermeister

Schriftführer

Bennemann, Gerhard
Sommer, Sabine

Entschuldigt fehlen:

CDU-Fraktion

Jentsch, Dieter entschuldigt
Luft, Bernd entschuldigt

SPD-Fraktion

Siemon, Carola

FWG-Fraktion

Strehm, Tim entschuldigt

Fraktionslos

Thielmann, Volker

vom Magistrat

Diefenbach, Horst
Hix, Manfred entschuldigt
Mäser, Norbert
Welling, Elmar

Tagesordnung:

- 1 Große Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Nutzung und Sicherung der Remigiuskirche
Vorlage: IV/178/2015
- 2 Große Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Förderung der Vergabe der Ehrenamtscard in Büdingen
Vorlage: IV/179/2015
- 3 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Routenführung der Omnibusse zum Schulzentrum
Vorlage: IV/180/2016
- 4 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Gefahrenabwehrplan
Vorlage: III/494/2016
- 5 Antrag der CDU-Fraktion, betr.: Reaktivierung des Präventionsrates
Vorlage: III/478/2015
- 6 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Aufruf zur Rückreisebereitschaft
Vorlage: III/486/2016

- 7 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Hilfestellung und Leitfaden für Asylbewerber
Vorlage: III/487/2016
- 8 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Abschaffung der von der Stadt erhobenen Parkgebühren
Vorlage: III/492/2016
- 9 Anfragen aus der Bevölkerung
- 10 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen

- 11.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Kemink, betr.: Sachstand zum Genehmigungsverfahren Windkraft
Vorlage: Anf/396/2016
- 12 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 13 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Beschilderung von Rundwegen im Bereich des Wildparks
Vorlage: III/497/2016
- 14 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Spielbetrieb des SV Büches während dem Bau der Umgehungsstraße
Vorlage: III/498/2016

Ausschussberichte

- 15 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Gewerbegebiet Reichardsweide; Ausgleichfläche im Bereich Heliport; Hier: Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben gemäß § 100 HGO
Vorlage: I/692/2016/1/1
- 16 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, hier: Antrag der FDP, betr.: Konzept zur Nutzung und Pflege der Friedhofsflächen
Vorlage: III/423/2015/1
- 17 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Dauerhafter Verzicht auf Forderungen aufgrund von Uneinbringlichkeit
Vorlage: I/688/2016/1/1
- 18 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, hier: Antrag der FWG-Fraktion, betr.: Kostenübernahme der Schülerbeförderung Lorbach
Vorlage: III/483/2016/1

- 19 Bericht des Ausschusses WET, betr.: Antrag auf Erweiterung des Steinbruches Calbach
Vorlage: VI/142/2016

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 20 Vorlage des Magistrats, betr.: Vorschlag zur Mitgliederwahl des Ortsgerichts Büdingen II
Vorlage: I/697/2016
- 21 Bürgermeistervorlage, betr.: Zeitweilige Aussetzung der Anhörung des HFA vor Auftragsvergaben
Vorlage: II/412/2016
- 22 Beendigung des Bodenbevorratungsvertrages mit der HLG
Vorlage: II/410/2016
- 23 Weiterführung des Modellprojektes "Familienstadt mit Zukunft"
Vorlage: I/716/2016/1

24 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

- 24.1 Verkauf des Grundstückes Gemarkung Rinderbügen, Flur 2 Nr. 43/1
Vorlage: I/712/2016/1
- 24.2 Verkauf von Bauplätzen im Baugebiet "Am Sonnwiesenrain III" in Eckartshausen
Vorlage: I/704/2016/1
- 24.3 Kindergarten Lorbach,
Verlängerung des bestehenden Erbbaurechts bis 2034
Vorlage: I/703/2016/1
- 24.4 Ankauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Seemenbachstraße 7 zur Anlegung einer Rampe für die Brücke über den Seemenbach
Vorlage: I/720/2016/1
- 24.5 Verkauf des Bauplatzes Rhönstraße 2 im Baugebiet "Am Sonnwiesenrain III"
Vorlage: I/724/2016/1

25 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

- 25.1 Aufhebung Wiederbesetzungssperre
Vorlage: /109/2016/1
- 26 Bekanntgaben an die SVV
- 27 Büdingen, Stadtteil Wolferborn, Änderung Bebauungsplan Nr. 3 "Am Pflaster" (2.

- Änderung)
Vorlage: I/702/2016/1
- 28 Übergangsweise Schulkinderbetreuung wegen kurzfristiger Schließung Tintenklecks zum 11.03.2016
Vorlage: II/413/2016
- 29 Vergabe Projektsteuerung Stadtumbau
Vorlage: II/415/2016
- 30 Verwendung zusätzlicher Mittel aus Kommunalinvestitionsprogramm KIP
Vorlage: II/414/2016
- 31 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Beteiligung am Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"
Vorlage: III/499/2016

NIEDERSCHRIFT

Stv. Stadtverordnetenvorsteher Kleta eröffnet die Sitzung um 20:07 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt die Vorschläge des Stadtverordnetenvorstandes zur Abhandlung der Tagesordnung vor:

Ohne Aussprache sollen die TOPs 3, 4, 15, 16, 20, 21, 22, 23 (geänderter Beschlussvorschlag), 24.1, 24.2, 24.3, 24.4, 25 (vorbehaltlich Zustimmung des Ortsbeirates), 26.1 behandelt werden.

Mit Aussprache sollen die TOPs 1, 2, 5, 6, 7, 8, 14, 18, 29 und 31 behandelt werden.

TOP 19 sollte zurückgestellt und in der ersten Sitzung nach der konstituierenden Sitzung behandelt werden. **Stv. Stürz** hat hierzu einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, dass der TOP auf der Tagesordnung bleibt. Diesem Antrag wurde mit 23 Ja-Stimmen bei 9 Gegenstimmen zugestimmt.

Direkt verwiesen wurden:

TOP 13 an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Energiewirtschaft und Tourismus

Es liegen mehrere Eilvorlagen vor:

- Büdingen, Stadtteil Wolferborn, Änderung Bebauungsplan Nr. 3 "Am Pflaster" (2. Änderung)
Vorlage: I/702/2016/1

Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 28 erfolgt mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.
Der TOP wird ohne ohne Aussprache behandelt.

- Übergangsweise Schulkinderbetreuung wegen kurzfristiger Schließung Tintenklecks zum 11.03.2016
Vorlage: II/413/2016
Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 29 erfolgt mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.
Der TOP wird mit Aussprache behandelt.
- Vergabe Projektsteuerung Stadtumbau
Vorlage: II/415/2016
Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 30 erfolgt mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.
Der TOP wird ohne Aussprache behandelt.
- Verwendung zusätzlicher Mittel aus Kommunalinvestitionsprogramm KIP
Vorlage: II/414/2016
Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 31 erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.
Der TOP wird mit Aussprache behandelt.
- Antrag der Grünen
Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 32 erfolgt mehrheitlich mit 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.
Der TOP wird ohne Aussprache behandelt.

Es gibt keine Gegenrede, die vorgeschlagene Verfahrensweise wird mit 31 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen.

1 Große Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Nutzung und Sicherung der Remigiuskirche
Vorlage: IV/178/2015

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

Ich bitte Sie, die nachfolgende Große Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.01.16 zu nehmen.

Nutzung und Sicherung Remigiuskirche

Anfrage:

1. Gibt es eine vertragliche Vereinbarung zur Nutzung der Remigiuskirche zwischen der Stadt Büdingen und der Stiftung Präsenz zu Büdingen als Eigentümerin der Kirche?
2. Falls solch ein Vertrag nicht besteht, ist beabsichtigt, solch einen Vertrag zu schließen und wenn ja, bis wann?

3. Welche Informationen gibt es bei der Stadt zum baulichen Zustand der Remigiuskirche?

Begründung:

Die Remigiuskirche ist nicht nur eines der bedeutendsten und ältesten Baudenkmale Büdingens. Sie hat durch ihre Nutzung für Trauerfeiern auch eine wichtige Funktion in der Infrastruktur der Stadt.

Die Remigiuskirche wurde bisher mit Unterstützung der Stadtverwaltung von der evangelischen Kirchengemeinde verwaltet. Die Kirchengemeinde hat zum Jahresende 2015 diese Aufgabe abgegeben.

Deshalb ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Präsenz und der Stadt Büdingen notwendig, um die Nutzung der Remigiuskirche für Trauergottesdienste, Konzerte oder den Volkstrauertag zu regeln.

Die Büdinger Bürger haben ein berechtigtes Interesse die Remigiuskirche auch weiterhin nutzen zu können. Daher muss die Stadt sowohl die Nutzung als auch den Erhalt des Baudenkmals vertraglich absichern, damit die Remigiuskirche auch kommenden Generationen erhalten bleibt.

Eine Aussprache wird vorsorglich beantragt.

Mit freundlichem Gruß

gez.

Robert Preußner

Stellungnahme des Baumamtes:

1. Es gibt keine vertragliche Vereinbarung zur Nutzung der Remigiuskirche zwischen der Stadt Büdingen und der Stiftung Präsenz als Eigentümerin der Kirche. Der Nutzungsumfang zur Durchführung von Trauerfeiern basiert auf einer schriftlichen Vereinbarung mit der Ev. Kirchengemeinde Büdingen vom 29.11.1966, wonach der Kirchengemeinde die Vergabe des Nutzungsumfanges oblag und diese sich damit einverstanden erklärte, dass seitens der Stadt auch nicht christliche Trauerfeiern in der Remigiuskirche stattfinden können.
Rechte und Pflichten der Präsenz und der Ev. Kirchengemeinde wurden durch diese Vereinbarung nicht tangiert. Die Präsenz erhielt eine Abschrift dieser Vereinbarung.
2. Da schon lange vor 1966 Trauerfeiern in der Remigiuskirche stattfanden, existiert eine Art Gewohnheitsrecht entsprechende Nutzungen auch künftig beizubehalten. Dies wird auch seitens der Präsenz so gesehen, die hier gegenüber der Kirche durch mehrfache Aussagen des Rechtsanwalts Seel, der als 2. Vorstand der Stiftung Präsenz als Verwalter agiert und entsprechende Rechtsgeschäfte abwickelt, bekräftigt. Nach Auskunft des ehemaligen Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, Herrn Brinkhaus, beabsichtige Herr Seel sich insofern mit der Stadt Büdingen zwecks Nutzungsvereinbarungen in

Verbindung zu setzen, was bis dato allerdings noch nicht geschehen ist. Um auch seitens der Stadt ein entsprechendes Regelungsinteresse zu bekunden und dabei den größtmöglichen Konsens zu erzielen, hat Bürgermeister Spamer Herrn Stadtverordnetenvorsteher Luft um entsprechende Kontaktaufnahme mit dem Stiftungsvorstand gebeten. Zwei durch den Stadtverordnetenvorsteher erfolgte Einladungen zur Teilnahme des Stiftungsvorstands an Sitzungen des Stadtverordnetenvorstands sind bisher erfolglos verlaufen. Eine weitere Einladung ist vorgesehen.

Da aus Sicht der Verwaltung insofern keine Änderungen absehbar sind, dürfte eine vertragliche Regelung im vordergründigen Interesse der Präsenz liegen. Es sollte deshalb abgewartet werden bis sich diese an die Stadt wendet.

3. Am 10.12.2008 erfolgte eine Untersuchung der Dachkonstruktionen durch das Architekturbüro Melzer, das Ingenieurbüro Frischmuth und dem regionalen Bausachgebietsleiter der Ev. Kirche Hessen/Nassau Herrn Sykala, um den Zustand sowie den hieraus resultierenden Sanierungsbedarf festzustellen. Die dabei vorgefundenen Mängel erfordern eine umfassende Sanierung der Dachstühle mit einem vorläufig ermittelten Sanierungsbedarf in Höhe von 925.000 €.

Auf Betreiben der Ev. Kirchengemeinde Büdingen wurden im Jahre 2011 erste Notreparaturen im Wert von 4.335,75 € am Dach ausgeführt, um Undichtigkeiten zu beseitigen und weiteren Wasserschäden vorzubeugen. Weitere Sanierungen haben unserem Wissen nach nicht stattgefunden.

2 Große Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Förderung der Vergabe der Ehrenamtscard in Büdingen

Vorlage: IV/179/2015

Große Anfrage:

Seit 2006 vergibt das Land Hessen die Ehrenamtscard. Während in Bad Nauheim seitdem 76 dieser Karten ausgegeben wurden, mit denen ehrenamtliches Engagement belohnt wird, haben nur 22 Büdinger Bürger trotz des bekannt großen Engagements unserer Bevölkerung eine Ehrenamtscard bekommen.

1. Wie viele Anträge wurden seit der Einführung der Ehrenamtscard von Büdinger Bürgern oder Vereinen gestellt?
 - a. Wie viele davon wurden positiv beschieden, wie viele abgelehnt?
2. Wenn es Ablehnungen gab, was waren die Gründe dafür?
3. Was kann Büdingen tun, um diese Anerkennung für verdiente Bürger bekannter und als Belohnung für ehrenamtliches Engagement attraktiver zu machen?
4. Welche Angebote und Vergünstigungen hat Büdingen den Inhabern der Ehrenamtscard zu bieten?

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verweisung zusammen mit den beiden Anträgen in den Ausschuss für Jugend, Senioren, Kultur, Soziales und Sport.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

**3 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Routenführung der Omnibusse zum Schulzentrum
Vorlage: IV/180/2016**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
vor 30 Jahren, 1986, wurde für den Omnibus- und PKW-Verkehr eine Verbindungsstraße vom Schulzentrum zur Industriestraße gebaut. Heute noch fahren viele Omnibusse und PKW durch das Wohngebiet und die Bismarckstraße. Im Gutachten Habermehl & Follmann ist alternativ die ausschließliche Routenführung für Omnibusse über die vorgenannte Verbindungsstraße vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang nehmen Sie bitte folgende Große Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:
Der Bürgermeister wird gebeten, mündlich in der nächsten Sitzung und schriftlich für die Fraktionen, folgende Fragen zu beantworten:

Frage 1:

Ist es zutreffend, dass die VGO und die Busunternehmer in der Vergangenheit mit Schadensersatz für sogenannte Mehrkilometer und drastischen Fahrplaneinschränkungen gedroht hatten, wenn die Stadt den Omnibusverkehr in der Bismarckstraße verbietet?

Frage 2:

Hat daraufhin rechtzeitig der Magistrat/Bürgermeister vorbeugend der VGO vor neuer Ausschreibung und Vertragsvergabe für 2016-2026 ein Omnibusfahrverbot für die Bismarckstraße mitgeteilt, damit entsprechend ausgeschrieben und angeboten werden konnte?

Frage 3:

Falls nicht, welche Option besteht nunmehr für den ausschließlichen Omnibusverkehr über das Industriegebiet?

Begründung:

Der Kreisanzeiger berichtete am 31.12.2015 über die Neuvergabe der Omnibuslinien am Schulzentrum Büdingen. Es wurde nicht erwähnt, dass die Omnibusse ggf. zukünftig, wie beim Bau der neuen Straße vor 30 Jahren geplant, über das Industriegebiet fahren könnten und Fahrplanänderungen erforderlich würden. Wir befürchten, dass hier seitens der Stadt Unterlassen wurde, regelnd in das Verfahren einzugreifen, um eine omnibusfreie Bismarckstraße und damit verbunden eine Reduzierung der akuten Gefährdung der Verkehrsteilnehmer für die nächsten Jahre zu erreichen.

gez.
Gunnar Bähr, Pro Vernunft

Stellungnahme Ordnungsamt:

Zu Frage 1:

nein

Es wurde vereinbart, dass nur die Linien 21 und 23 Richtung Kefenrod die Bismarckstraße befahren dürfen.

Zu Frage 2:

Nein

Zu Frage 3:

Es ist auch jetzt schon, dass die Busse über das Industriegebiet fahren müssen. Eine Option wäre, durch die Umgestaltung am Schulzentrum einen sicheren Schulweg für die Kinder einzurichten. Dies wird Z.Zt. von einem Ingenieurbüro überprüft.

Beschluss:

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

**4 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Gefahrenabwehrplan
Vorlage: III/494/2016**

Anfrage:

1. Besteht für die Stadt Büdingen der gesetzlich vorgeschriebene Bedarfs- und Entwicklungsplanung für die allgemeine Hilfe (Gefahrenabwehrplan gemäß HBKG § 3, Abs. 1, Ziffer 3)?
2. Falls ja, warum wurde er der Stadtverordnetenversammlung nicht zuständigkeitshalber zur Beschlussfassung vorgelegt?
3. Falls nein, was sind die Gründe für dieses gesetzwidrige Verhalten?

Beschluss:

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

**5 Antrag der CDU-Fraktion, betr.: Reaktivierung des Präventionsrates
Vorlage: III/478/2015**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Reaktivierung und Erweiterung des bereits vorhandenen Präventionsrates. Eine Geschäftsordnung ist, soweit nicht bereits vorhanden, zu erarbeiten und den Stadtverordneten bekannt zu machen. Das Gremium ist auf den Internetseiten der Stadt Büdingen vorzustellen und eine direkte Kommunikationsmöglichkeit für Bürger einzurichten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag der FWG Fraktion wurde mehrheitlich mit 2 Ja-Stimmen bei 30 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

**6 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Aufruf zur Rückreisebereitschaft
Vorlage: III/486/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen die Verwaltung zu beauftragen, nach der von der australischen Kampagne NO WAY -YOU WILL NOT MAKE AUSTRALIA HOME abgeleiteten Kampagne, Flyer und Plakate in den jeweiligen Sprachen der Herkunftsländer der „sogenannten“ Flüchtlinge, mit dem Textinhalt an die Erstaufnahme- und Flüchtlingsunterkünfte zu verteilen (Text auf der Rückseite).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mit 31 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme.

**7 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Hilfestellung und Leitfaden für Asylbewerber
Vorlage: III/487/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen die Verwaltung zu beauftragen, nach der in zahlreichen deutschen Städten durchgeführten Kampagne, Flugblätter und Plakate in den jeweiligen Sprachen der Herkunftsländer der „sogenannten“ Flüchtlinge, mit folgendem Textinhalt an die Erstaufnahme- und Flüchtlingsunterkünfte zu verteilen:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgt mit 31 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme.

- 8 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Abschaffung der von der Stadt erhobenen Parkgebühren**
Vorlage: III/492/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die von der Stadt erhobenen Parkgebühren abgeschafft werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Dort soll der Magistrat zu folgenden Punkten Stellung nehmen:

- die Auswirkungen eines solchen Beschlusses sind zu analysieren, incl. der Klärung über die weitere Verwendung der vorhandenen Parkautomaten,
- dabei sind die Vor- und Nachteile eines solchen Beschlusses ausarbeiten,
- die Erfahrungen anderer Städte sind erfragen und
- es ist eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung auszusprechen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 9 Anfragen aus der Bevölkerung**

Es liegen keine Anfragen vor.

- 10 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Kleta teilt mit, dass der Stadtverordnetenvorsteher eine Vorlage des Magistrates zum Jahresabschluss 2010 direkt in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen hat.

- 11 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen**

- 11.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Kemink, betr.: Sachstand zum Genehmigungsverfahren Windkraft**
Vorlage: Anf/396/2016
-

Stv. Kemink fragt an, ob die Investoren mit den Fauna- und Florauntersuchungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Windkraft begonnen haben.

Bürgermeister Spamer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

12 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Kontostände	Auszug vom	Stand	zuzügl. Abbuchungen	Endstand
			abzgl. Überweisungen	
Sparkasse	17.03.2016	1.395.706,69	-236.939,52	1.382.217,9
<i>Vorjahr 19.03.15</i>				<i>1.473.974,4</i>
VR Bank	17.03.2016	349.886,90	-23.636,12	326.250,7
<i>Vorjahr 19.03.15</i>				<i>287.476,9</i>
Postbank	17.03.2016	43.616,19		43.616,1
<i>Vorjahr 19.03.15</i>				<i>23.231,1</i>
Gesamtsumme				1.752.084,8
<i>Vorjahr 19.03.15</i>				<i>1.784.682,5</i>
Ausgaben/Rechnungen	nächste Fälligkeit			
fertig zum überweisen				13.488,7
erfasste Rechnungen im Umlauf				353.704,3
Eingang-Rechnungen			ca.	200.000,0
Kreis/Schulumlage				0,0
Gehälter			ca.	0,0
Gesamtsumme				567.193,1
Einnahmen				
Schlüsselzuweisung				0,0
Abbuchungslauf Steuern u. a.			ca.	0,0
Gem.ant. Steuern 31.12.				0,0
Gesamtsumme				0,0
Bankbestand				1.752.084,8
Verbindlichkeiten				-567.193,1
Forderungen				0,0
				13.000.000,
Kassenkredithöhe				
(10 Mio NRW.Bank; 3 Mio. Sparkasse Oberhessen)				
Endstand 17.03.2016				1.184.891,7

Endstand inkl. Kassenkredit 17.03.2016				- 11.815.108,2 3
<i>sonstige Forderungen Vorjahr</i>				0,00
<i>sonstige Verbindlichkeiten Vorjahr</i>				187.481,85
Endstand inkl. Kassenkredit (14 Mio.) 05.03.2015				- 12.402.799,2 6
Vergleich Endstand 2016/2015				587.691,03

Schlüsselzuweisung und Kreis-/Schulumlage entsprechen der vorl. Haushaltsplanung

Kassenkredit 10 Mio. Euro umgeschuldet von Bay.Landesbank zur NRW Bank (6 Monate zu 0,05 % Zinsen)

Kassenkredit SPK Oberhessen 3 Mio. (3 Monate 0,25%)

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 13 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Beschilderung von Rundwegen im Bereich des Wildparks**
Vorlage: III/497/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausweisung von Rundwegen im Bereich des Wildparks.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Energiewirtschaft und Tourismus.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimmen.

- 14 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Spielbetrieb des SV Büches während dem Bau der Umgehungsstraße**
Vorlage: III/498/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Übergangslösung, zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs während der Baumaßnahmen der Umgehungsstraße, für den SV Büches zu finden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Antrag und den Zusatzantrag der CDU-Fraktion:

Der Magistrat übernimmt die Kosten für Instandsetzung der Flutlichtanlage in Orleshausen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 28 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Ausschussberichte

- 15 **Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Gewerbegebiet Reichardsweide; Ausgleichfläche im Bereich Heliport; Hier: Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben gemäß § 100 HGO**
Vorlage: I/692/2016/1/1

Beschlussvorschlag:

Der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme am Heliport wird zugestimmt. Gemäß derzeitiger Beschlusslage soll der Vertrag mit der HLG aufgekündigt werden. Da die HLG hier die Finanzierung vornehmen sollte, sind die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt 2016 nicht vorgesehen.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf 275.000,00 €. Gemäß Förderbescheid beträgt die Zuwendung 80% der zuwendungsfähigen Ausgaben (251.190,00 €), welche bis zu einer Höhe von **200.850,00 €** bewilligt wurden, sodass ein Eigenanteil der Stadt Büdingen von ca. 75.000,00 € verbleiben wird.

Mit der vorgesehenen Maßnahme erreicht die Stadt Büdingen einen Biotopewertgewinn von ca. 1.490.000 BWP, was einem Rechenwert von rd. 520.000,00 € entspricht. Diese decken zunächst den bestehenden und von der Stadt Büdingen abzulösenden Ausgleich aus dem B-Planverfahren „Gewerbegebiet Reichardsweide“ und es verbleibt ein Überschuss von rd. 600.000 BWP, was einem Rechenwert von 210.000,00 € entspricht.

Nach aktueller Haushaltslage kann eine Finanzierung/Deckung nur über eine Umschichtung im Haushalt 2016 erfolgen. Da die Maßnahme „Straßensanierung Pferdsbacher Weg“ aufgrund der jetzt anlaufenden Baumaßnahmen in der Berliner Straße (2016/2017/2018) zunächst verschoben wurde, sind diese Mittel zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme einzusetzen.

Die benötigten Mittel für den „Pferdsbacher Weg“ sind im Haushalt 2019 neu vorzusehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

- 16 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, hier: Antrag der FDP, betr.: Konzept zur Nutzung und Pflege der Friedhofsflächen
Vorlage: III/423/2015/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachfolgenden Bericht des Haupt- und Finanzausschusses zur Kenntnis.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Kenntnisnahme erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 17 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Dauerhafter Verzicht auf Forderungen aufgrund von Uneinbringlichkeit
Vorlage: I/688/2016/1/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den dauerhaften Verzicht der in der Anlage aufgeführten Forderungen in Höhe von 55.809,50 € aufgrund von dauerhafter Uneinbringlichkeit.

Die Forderungen sind in Form eines Erlasses auszubuchen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Kenntnisnahme erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 18 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, hier: Antrag der FWG-Fraktion, betr.: Kostenübernahme der Schülerbeförderung Lorbach
Vorlage: III/483/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen übernimmt die Kosten der Schülerbeförderung der Lorba-

cher Kinder zu den Büdinger Schulen, deren Kosten nicht vom Wetteraukreis erstattet werden, in Höhe von maximal 25.000 Euro.

Die Übernahme der Kosten wird zunächst auf ein Jahr, beginnend mit dem Ende der Sommerferien, befristet.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Rücküberweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Rückverweisung erfolgt mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

- 19 Bericht des Ausschusses WET, betr.: Antrag auf Erweiterung des Steinbruches Calbach**
Vorlage: VI/142/2016

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2010 nicht aufzuheben und keinen Erweiterungen von Abbauflächen für Bodenschätze im Gebiet der Stadt Büdingen zuzustimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag auf Zurückstellung wurde mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 20 Vorlage des Magistrats, betr.: Vorschlag zur Mitgliederwahl des Ortsgerichts Büdingen II**
Vorlage: I/697/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Frau Agnes Lott, Rohrbach, In den Hofgärten 5, wird zur Ortsgerichtsschöffin

und 2. Vertreterin des Ortsgerichtsvorstehers im Ortsgericht Büdingen II gewählt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 21 Bürgermeistervorlage, betr.: Zeitweilige Aussetzung der Anhörung des HFA vor Auftragsvergaben**
Vorlage: II/412/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, bis zur ersten Arbeitssitzung des neu gebildeten Finanzausschusses sämtliche Aufträge ohne vorherige Anhörung des Ausschusses nach § 6 der Haushaltssatzung zu vergeben. Dem neu gebildeten Ausschuss ist eine Liste der Auftragsvergaben vorzulegen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

- 22 Beendigung des Bodenbevorratungsvertrages mit der HLG**
Vorlage: II/410/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt durch Beschluss fest, dass der Bodenbevorratungsvertrag mit der Hessischen Landgesellschaft vom 22.04.1986 formfehlerhaft gemäß § 311b BGB und damit als nichtig anzusehen ist. Eine Heilung des Formfehlers und Fortsetzung des Vertrages wird abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

**23 Weiterführung des Modellprojektes "Familienstadt mit Zukunft"
Vorlage: I/716/2016/1****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Das Modellprojekt „Familienstadt mit Zukunft“ wird ab 1. Januar 2017 mit den im Anhang aufgeführten Angeboten fortgeführt.
2. Mit der AOK werden Gespräche geführt, mit dem Ziel die angemieteten Räume noch in diesem Jahr der Stadt Büdingen zur Verfügung zu stellen. Der Umzug des Familienzentrums von der Vorstadt in die Gymnasiumstraße 28 (Wichelhaus) könnte im 4. Quartal 2016 –nach Räumung des Turms durch die AOK- stattfinden.
3. Es sind die planerischen und baulichen Schritte mit dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft in die Wege zu leiten, damit die Räumlichkeiten rechtzeitig fertig gestellt werden, um das Familienzentrum in Betrieb nehmen zu können.
4. Mit dem Ministerium ist ein entsprechender Kostenplan für den Umbau und die Ausstattung abzuklären.
5. Es ist eine weitere Kindergartengruppe (U3 oder gemischte Gruppe) vorzusehen.
6. Neben den Aufgaben des „Planet Zukunft“ sollen nach Möglichkeit weitere Angebote eingeplant werden, wie z.B. Jugendpflege, Ehrenamt und Senioren. (Eine vorläufige Raumplanung ist beigelegt)
7. Das Familienzentrum wird als Sachgebiet dem Amt für Jugend, Kultur, Soziales zugeordnet und könnte künftig Familie, Kultur, Soziales (FKS) heißen.
8. Das Personalamt ist in die Personalplanungen mit einzubeziehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie folgt:

Das Projekt „Familienstadt mit Zukunft“ wird am 1. Januar 2017 fortgesetzt und beim Amt für Jugend, Kultur und Soziales angesiedelt. Die aufgeführten Angebote im Anhang dienen als Konzeptgrundlage. Seite 1 „Personalbedarf“ wird ausdrücklich nicht beschlossen. Einem Personalbedarf wird grundsätzlich zugestimmt, er wird vom Magistrat bis spätestens 30.04.2016 ausgearbeitet und beschlossen und ist somit Bestandteil der kommenden Haushaltsberatungen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

24.1 Verkauf des Grundstückes Gemarkung Rinderbügen, Flur 2 Nr. 43/1 Vorlage: I/712/2016/1

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat stimmt dem Verkauf des Grundstückes Gemarkung Rinderbügen, Flur 2 Nr. 43/1, Unland, Auf den Birkenäckern, 760 m², zum Kaufpreis von 1,10 €/m²= 836,00 € an, zu.

Die Käufer sind im Kaufvertrag zu verpflichten die Fläche weiterhin naturnah zu bewirtschaften.

Der Ortsbeirat hat dem Grundstücksverkauf im Rahmen des CDU-Antrages zum Verkauf unrentierlicher Grundstücksflächen zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen mit dem Hinweis, dass die Stadt dem Vogelschutz ein anderes Grundstück anbietet.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsbeirates.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

24.2 Verkauf von Bauplätzen im Baugebiet "Am Sonnwiesenrain III" in Eckartshausen Vorlage: I/704/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bevollmächtigt den Magistrat bis zur ersten Arbeitssitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung den Bauplatzverkauf im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ in Eckartshausen eigenverantwortlich zu regeln.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

24.3 Kindergarten Lorbach, Verlängerung des bestehenden Erbbaurechts bis 2034 Vorlage: I/703/2016/1

Beschlussvorschlag:

Der bestehende Erbbaurechtsvertrag mit für den Kindergarten Lorbach, Grundstück Gemarkung Lorbach, Flur 3 Nr. 65/2, wird bis zum Jahr 2066 verlängert.

Der Erbbauzins wird auf 250,00 € monatlich festgesetzt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**24.4 Ankauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Seemenbachstraße 7 zur Anlegung einer Rampe für die Brücke über den Seemenbach
Vorlage: I/720/2016/1****Beschlussvorschlag:**

Abweichend vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für den Bau der behindertengerechten Rampe wird die anzukaufende Teilfläche auf 65 m² festgesetzt.

Der Kaufpreis beträgt 170,00 €/m² = 11.050,00 €

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**24.5 Verkauf des Bauplatzes Rhönstraße 2 im Baugebiet "Am Sonnwiesenrain III"
Vorlage: I/724/2016/1****Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Büdingen verkauft an, den Bauplatz Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 123, Rhönstraße 2, Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“, 592 m².

Der Kaufpreis beträgt 160,00 €/m² = 94.720,00 €

Im Kaufpreis sind der Ablösungsbetrag für Erschließungs-, Abwasser- und Wasserbeiträge sowie der Kostenerstattungsbetrag nach § 135a BauGB ent-

halten.

Die Kosten des Rechtsgeschäfts gehen zu Lasten des Käufers.

Der Ortsbeirat wird dem Verkauf in seiner Sitzung am 21. März 2016 zustimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen. Die Stellungnahme des Ortsbeirates ist noch einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

25.1 Aufhebung Wiederbesetzungssperre Vorlage: /109/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Wiederbesetzungssperre für die unbefristete Vollzeitstelle (39,00 Std.) auf dem städtischen Bauhof aufzuheben. Die Eingruppierung erfolgt in die Entgeltgruppe 4 TVöD (wie bisher).

Die Mittel stehen im Haushalt zur Verfügung.

Die Zustimmung der Frauenbeauftragten und die des Personalrates sind gegeben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

26 Bekanntgaben an die SVV

Es gab keine weiteren Bekanntgaben.

27 Büdingen, Stadtteil Wolferborn, Änderung Bebauungsplan Nr. 3 "Am Pflaster" (2. Änderung) Vorlage: I/702/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 „Am Pflaster“.

Innerhalb des Plangebietes sollen die bebaubaren bzw. nicht bebaubaren Flächen neu festgesetzt werden, damit eine Erweiterung der Betriebs- und Lagergebäude planungsrechtlich zugelassen werden kann.

Der Geltungsbereich ist in der beigefügten Karte kenntlich gemacht.

Die Änderung erhält die Ordnungsziffer 2.“

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 28 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

**28 Übergangsweise Schulkinderbetreuung wegen kurzfristiger Schließung Tintenklecks zum 11.03.2016
Vorlage: II/413/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Betreuung der Kinder, die durch die Insolvenzanmeldung ab Montag, 14.03.2016 nicht mehr im Tintenklecks betreut werden können, übergangsweise in der Zeit vom 14.03.2016 bis 26.08.2016 in den Räumlichkeiten des Wichelhauses zu gewährleisten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen mit der Maßgabe, dass bis zu 2 Mitarbeiter zusätzlich befristet bis zum Ende des Schuljahres 2016/17 eingestellt werden dürften.

Abstimmungsergebnis:

Die Magistratsvorlage wurde einstimmig mit 31 Ja-Stimmen beschlossen.

Die Verlängerung der Übergangslösung entsprechend dem Antrag der FWG-Fraktion wird mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und 23 Gegenstimmen abgelehnt.

29 Vergabe Projektsteuerung Stadtumbau
Vorlage: II/415/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen den Auftrag für die Projektsteuerung Stadtumbau Büdingen an das Büro Grontmij GmbH, Frankfurt für brutto 27.988,80 € zu vergeben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

30 Verwendung zusätzlicher Mittel aus Kommunalinvestitionsprogramm KIP
Vorlage: II/414/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten die Maßnahmenliste KIP mit den Ergänzungen, Stand 11.03.2016, zu beschließen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen, zusätzlich sollen 30.000,-- € für eine Toilettenanlage am Schloßmühlenparkplatz zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 24 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen.

31 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Beteiligung am Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"
Vorlage: III/499/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen beteiligt sich am Interessensbekundungsverfahren für das Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit".

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt entsprechend des Beschlussvor-

schlages.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 27 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen.

Ende der Sitzung: 23:20 Uhr.

Büdingen, den 24. März 2016

Schriftführer

(Rolf Kleta)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher